

## ECHTE DEMOKRATIE JETZT

Am 9.10.2014 beschloss die Generalversammlung des gemeinnützigen Vereines der

### **MUT-Bürger-innen**

demokratische Visionen weiterzuentwickeln,  
die Strukturen in der Gesellschaft zu erneuern sowie  
eine politische Kultur in der Gemeinschaft nach Werten zu gestalten,  
die das Zusammenleben der Menschen nachhaltig in hoher Lebensqualität bewirkt.

## SINN und ZWECK

Die

### **„MUT-Bürger Akademie“**

**Sie soll die Bürger befähigen, den MUT zu bekommen alle Bereiche  
der Gesellschaft nach Werten zu gestalten.**

**Sie soll zum „Passivem Wahlrecht“ die Bürger ermuntern und  
befähigen.**

**Sie ist eine Anlaufstelle „OMBUDSSTELLE“ für alle Bürger,  
Mandatare und Funktionäre aller Parteien, Initiativen oder sonstiger  
Gruppierungen in der Gesellschaft.**

**Die einzige Voraussetzung für die Teilnahme ist die Anerkennung  
und der Wille zur Umsetzung der BÜRGER-PHILOSOPHIE.**

siehe Beilage1:BÜRGERPHILOSOPHIE

## DIENSTLEISTUNGEN

### OMBUDSSTELLE

**Die OMBUDSSTELLE ist die wichtigste Dienstleistung der MUT-Bürger.**

**Sie wird darauf achten, dass einzelne Menschen oder Gruppen gegen die Verletzung ihrer Grundrechte geschützt werden**

**Die MUT-Bürger schaffen hiermit eine unabhängige Vertrauensstelle, die**

**die Bürger vor der Willkür der Behörden schützt.**

**Sie ist eine Anlaufstelle für alle Bürger, Mandatäre und Funktionäre aller Parteien oder sonstiger Gruppierungen in der Gesellschaft.**

**Sie gibt auch Auskünfte, Informationen, Beratungen, bzw. organisiert Bildungs- und Trainingsmaßnahmen für die Bürger über:**

- . rechtliche Fragen ( Bauordnung, Gemeindeordnung, Förderungen....)
- . Finanzielle Fragen (Budgeterstellung, lang, mittel-und kurzfristige Planungen, Rechnungsabschlüsse
- . Homepage und Soziale Netzwerke
- . Organisationsfragen
- . Trainings über soziale Kompetenz, Führungskompetenz, Methodenkompetenz und Konfliktlösungskompetenz
- . Meinungsforschung, Meinungsbildung
- . Wahlwerbeprozesse planen und in der Umsetzung begleiten
- . Bürgerinitiativen und Bürgerbeteiligungsprozesse

### THEMENSPRECHER FÜR THEMENBEREICHE

auf Anfrage

### GRUNDSATZDOKUMENTE IN BEREICHEN

auf Anfrage

## BILDUNG / TRAINING / SCHULUNG

### Teilnehmer

Die Bildungs-, Schulungs- und Trainingsveranstaltungen sind für alle Bürger, Mandatäre, Funktionäre oder Verantwortungsträger aller Gruppierungen und Parteien zugänglich, die als gemeinsames Regelwerk die Bürgerphilosophie anerkennen und in ihrem Alltag anwenden wollen. Für Verantwortungsträger und solche, die es werden wollen, gibt es klar definierte verpflichtende Trainings, bei denen sich Theorie, Training und Projektarbeit abwechseln.

### Fachschulungen / Wissensvermittlung / Ombudsstelle (Bürgerbüro)

Was sollte ein Gemeinderat alles wissen und können?  
( Die Grundlagen für eine erfolgreiche Gemeindearbeit als Gemeinderat)  
Gemeindeordnung  
Baurecht  
Budgeterstellung  
Jahresabschluss lesen und verstehen  
Finanzierungen  
Kurz-, Mittel-, und Langfristplanungen  
Gemeinderatssitzung aus Sicht der regierenden Personen und der Opposition  
Homepage und soziale Netzwerke installieren und anwenden lernen  
Bürgerbüro als Ombudsstelle für alle Bürger

### Bildung / Training als Tagesveranstaltungen

Verhaltenstraining  
Rhetorik  
Gesprächsführung  
Streitgespräche erfolgreich abschließen  
Gruppenverhalten erleben und selbst aktiv mitwirken  
Moderation  
Spannungen und Konflikte bearbeiten, Mediation  
Motivation als Erfolgsbringer  
Wertorientierte Führung erleben und anwenden.  
Managementinstrumente kennenlernen und anwenden (CO, PM, QM, IM, WM)  
Marketing / Öffentlichkeitsarbeit  
Nachhaltig wirkendes Arbeiten  
Zusammenhänge erleben zwischen  
-Vision-Bürgerphilosophie-Ziele-Aufgaben-  
-Vision –Werte-Grundsätze-Strukturen-

## **Training für Verantwortungsträger**

Ein Spezialtraining für Verantwortungsträger wie:  
Gemeinderäte, Funktionäre, Vereinsvorstände, Gemeindebedienstete,  
Projektleiter, Arbeitskreisleiter, interessierte Bürger-innen

Jedes Modul dauert drei Tage, von Do. 18.00Uhr bis So. 13.00 Uhr  
Zwischen den Modulen gibt es konkrete Projekte in den Gemeinden zu  
bearbeiten. Es gibt 10 Module in 2,5 Jahren  
In den Modulen wechseln sich Theorie, Training und Praxis ab.

### ***Das Miteinander von Persönlichkeiten***

Modul 1: **Persönlichkeit, Präsentation, Wertorientierung, Ziele**

Modul 2: **Kommunikation/ Beziehungsfähigkeit**

Modul 3: **Gruppenfähigkeit und Gruppenaufbau**

Modul 4: **Moderation und Gruppenprozesse**

Modul 5: **Konfliktbearbeitung, Umgehen mit Störfaktoren, Mediation**

### ***Führung und Organisation***

Modul 6: **Führen, Koordinieren**

Modul 7: **Organisationsentwicklung**

Modul 8: **Strukturen, Organisation**

### ***Marketing, Führungsinstrumente***

Modul 9: **Marketing, Führungsinstrumente**

Modul 10 **Nachhaltigkeit sichern / Lernerfolge**

### ***Folgende Projekte können in den Gemeinden zwischen den Modulen durchgeführt werden:***

**Konfliktbearbeitungen, Entwicklungsprozesse von Projekten in Unternehmen oder Gemeinden, Bau bzw. Umbau von Sportstätten oder Gemeindehäusern, Organisationsentwicklungen in Vereinen, Gemeindebetrieben oder Gemeindeverwaltungen, Bürgerbeteiligungsprozesse, aktivierende Bürgerbefragungen. Gemeindekulturmessungen orientiert am EU-Leitbild für den Ländlichen Raum**

siehe Buch „Miteinander Bürger gewinnen“ zum Runterladen: [www.robert-moser.eu](http://www.robert-moser.eu)

## Referenten und Trainerausbildung

Diese steht im Zusammenhang mit dem Training für Verantwortungsträger. Ein längerfristiges Trainingsprogramm, um nachhaltig in der Gemeinde, im Ort oder im Dorf Wirkungen zu erzielen.

Die Referenten- und Trainerausbildung erfolgt in drei Bereichen: Theorie, Training und Projektarbeit wechseln sich ab.

### Folgende Schritte sind die Regel:

1. Trainings als Teilnehmer besuchen, um das selbst zu erleben, was als Teilnehmer erlebt wird.
2. Training als Beobachter erleben und einen persönlichen Leitfaden für die einzelnen Trainingsschritte erstellen.
3. Im Training als Co-Trainer mitwirken und selbst bereits einzelne Trainingsschritte mit den Teilnehmern in Eigenverantwortung unter Supervision durchführen.
4. Selbständig als Trainer eine Seminarreihe durchführen, unter Supervision. Beim erfolgreichen Abschluss ist der Trainer befähigt „Wertorientierte Trainings für Verantwortungsträger“ durchzuführen.

Bis zu diesem Abschluss wird nach einem vorgegebenen Konzept, das an die Bedürfnisse der Teilnehmer angepasst wird, vorgegangen.

5. Die Ausbildung ist vergleichbar mit dem Erlernen des Klavierspiels. (Punkt 1)

-Zuerst gefällt mir ein Klavierstück, gespielt von einem Pianisten.

-Dann muss ich die Grundbegriffe erlernen, die Tonleitern üben und viele Stücke immer wieder üben, bis ich sie fast perfekt kann

Und dann erst beginnt das Komponieren, das selbständige Gestalten der Musik. Und beim Trainer das selbständige Einbringen von neuen Übungen und Methoden immer angepasst an die Situation unter Berücksichtigung der BÜRGER-Philosophie

Wenn Auszubildende meinen, mit dem Komponieren sofort beginnen zu wollen und zu können, dann haben sie den Sinn der Ausbildung missverstanden.

## Auswahl- und Qualifikationsverfahren von Verantwortungsträgern (AC)

auf Anfrage

## Bildungsarbeit und Trainings für die Jugend

auf Anfrage

## BEGLEITUNG VON BÜRGERINITIATIVEN

auf Anfrage

## BEGLEITUNG VON WAHLPROZESSEN

siehe Buch „Miteinander Bürger gewinnen“ zum Runterladen: [www.robert-moser.eu](http://www.robert-moser.eu)

### **Begleitung von Wahlprozessen vorwiegend in Gemeinden**

- Begleitung von wahlwerbenden Gruppen, die die Bürgerphilosophie anerkennen und umsetzen wollen.
- Kandidatenfindung
- Situationserhebung
- Vorwahl
- Entwicklung eines Zukunftsprogramms mit den Bürgern
- Arbeitskreise zur Umsetzung der Bürgerwünsche bilden
- Terminkalender für den Wahlwerbeprozess
- Prozesscontrolling mit Wählerbefragungen

## MEINUNGSFORSCHUNG / UMFragen

Aktivierende Befragung  
Erhebung der „Gemeindekultur“ im Hinblick auf das EU-Leitbild für den ländlichen Raum  
Umfragen zu bestimmten Themen

auf Anfrage

## UNTERLAGEN:

### **BÜRGER-PHILOSOPHIE** (sie ist in elektronischer Form erhältlich)

Letztstand der Weiterentwicklung und Mithilfe bei der Anpassung an die Gemeinde oder die jeweilige Organisation.

### **LEITBILD der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung**

Das Leitbild und der Fragebogen zur Überprüfung des Erfüllungsgrades in der Gemeinde oder der jeweiligen Organisation liegen in elektronischer Form vor.

### **ZUKUNFTSPROGRAMME**

Die Zukunftsprogramme werden mit den Bürgern entwickelt. Folgende ZUKUNFTSPROGRAMME sind elektronisch in dem jeweiligen Letztstand erhältlich:

#### **EU**

#### **Niederösterreich**

**In vielen Gemeinden** wurden sie gemeinsam mit den Bürgern entwickelt. Nur diese Gemeinden sind befugt ihre Ergebnisse weiterzugeben.

**Eine Zusammenfassung der Zukunftsprogramme** von mehreren Gemeinden liegt in elektronischer Form vor.

### **GRUNDSATZDOKUMENTE**

zu verschiedenen Themenbereichen

### **BROSCHÜREN UND SKRIPTEN**

Anfrage, ob etwas zum gewünschten Thema vorhanden ist. In elektronischer Form wird es bei Verfügbarkeit zur Verfügung gestellt.

## ENTWICKLUNGS-ARBEITEN

**Robert Moser**      **Eine Politische Biographie**

**Bücher**

**Zurück zum Menschen**

Die Überwindung des Unbehagens heute

**Miteinander Bürger gewinnen**

Ein Leitfaden für Bürgeraktivitäten und Projekte

**Filme auf DVD**

**Familie wohin?**

Anneliese Fuchs und Elfriede Taschner

**Steinbach / Steyr – Ein partnerschaftliches Modell**

Karl Sieghartsleitner

**Praxis und Theorie im Schulbereich**

Edi Ofner

**Die neue Bäuerlichkeit**

Hans Millendorfer

**Der ökosoziale Weg** –Erfolgsmodelle aus Schlierbach

Alois Tragler

**Neue Wirtschaftsimpulse** – Der Kleinbetrieb lebt  
**Regionalentwicklung**

Adi Kastner

**Zukunftsperspektiven**

Hans Millendorfer

**Der Mensch und die Regelkreise der Natur**

Rupert Riedl

**Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile**

Christoph Günzl

**Menschliche Fehlentwicklungen** Erkenntnisse – Lösungen

Erwin Ringel

**Dies ist nur ein Auszug aus der Filmreihe**

## DIE FINANZIERUNG DER MUTBÜRGER

Die Finanzierung der MUT-Bürger erfolgt vorwiegend über Mitgliedsbeiträge. Auch Kleinspenden, Seminarbeiträge und Leistungserfolge tragen zur Finanzierung bei.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt € 10,00 pro Monat und Mitglied  
Der Vorstand kann bei Studenten, Pensionisten, oder bei in Not geratenen Personen auf Antrag, des oder der Betroffenen den Mitgliedsbeitrag auf € 2,00 pro Monat reduzieren.

Für den Mitgliedsbeitrag gibt es bestimmte, definierte Leistungen ohne Berechnung von Kosten:

- Ombudsstelle
- Themenbereiche (elektronisch)
- Grundsatzdokumente in den Themenbereichen
- Bildungs-, Schulungs- und Trainingsmaßnahmen unter vier Stunden Dauer
- Jugendtrainings unter 24 Jahren
- Unterlagen ( elektronisch)
- Entwicklungsarbeiten ( elektronisch)

Bei den kostenpflichtigen Dienstleistungen erhalten Mitglieder 20% Rabatt.

Organisationen, die für mehr als 50 Mitglieder den vollen Mitgliedsbeitrag bezahlen, erhalten bei den Mitgliedsbeiträgen 20% Rabatt.

## STRATEGIE / VORGANGSWEISE

### DIE GEMEINDEN

Die Gemeinden, die kleinsten Zellen der Gesellschaftspolitik, sind der wichtigste Bereich.

Dort muss der Veränderungsprozess beginnen.

### Die Situation

Bei der Angelobung der neu gewählten Gemeindevertreter geben diese das Versprechen ab, ausschließlich Entscheidungen nach ihrem Gewissen zu treffen.

Und was ist die Realität?

In der Regel siegt der Fraktionszwang über die Gewissensfreiheit. Viele Gemeindevertreter „tanzen wie Tanzbären am Nasenring“ ihrer Parteien. Ideologische Überlegungen werden vorgeschoben, um die eigene Fraktion bei der Stange zu halten.

#### **Das Wohl der Bürger tritt in den Hintergrund.**

Machtmissbrauch, Vorteilsnahme für die „Machthaberer“, Verschleierung von Fakten, Lügen, Intrigen und das diktatorische Gehabe der Mehrheitsfraktion sind oft der Alltag in unseren Gemeindestuben. Das Geld der Bürger wird oft schamlos „im Sinne von Parteiinteressen“ ausgegeben.

Haben sie gewusst, dass die „Geschäftsführenden Gemeinderäte“ (GGR) in NÖ, also die „Minister“ der Gemeinde Aufgaben, die der Bürgermeister bestimmt, zu erledigen haben? Diese Aufgaben kann der Bürgermeister jederzeit wieder entziehen.

Durch diese oft geübte Praxis wird der Sinn der Gemeindedemokratie auf das Größliche verletzt.

Die GGR, auch wenn sie von der Opposition kommen, werden zu Handlangern der Bürgermeister degradiert. Die Mitwirkung der Opposition entsprechend ihrer Stärke an Mandaten ist in der Realpolitik nur selten möglich.

Die vom Landtag beschlossene Gemeindeordnung widerspricht dem Geist der demokratischen Zusammenarbeit.

**Dieser Systemfehler** ist daher dringend zu beseitigen

Nur wird er beseitigt werden von dem mit Mehrheit im Landtag vertretenen „Altparteien“?

Jeder, der die Situation kennt, wird diese Frage mit NEIN beantworten, denn diese „Machthaberer“ wollen ja die Macht und das öffentliche Geld weiterhin in ihrem Sinne gebrauchen und manche auch missbrauchen.

**Es gibt aber auch Gemeinden, in denen Zusammenarbeit, Bürgerbeteiligung, Achtung vor dem Anderen und partnerschaftliches Verhalten den politischen Alltag prägen.** siehe Buch „Miteinander Bürger gewinnen“ [www.robert-moser.eu](http://www.robert-moser.eu)

## Beim Wahlprozess in der Gemeinde beginnt die Veränderung hin zu echter Demokratie.

### Was wollen Die Bürger als Ergebnis der Gemeinderatswahlen?

1. Die am besten geeigneten Mitbürger als Gemeinderäte, die neben der notwendigen Fachkompetenz zum Wohle der Bürger zusammenarbeiten können.
2. Die Anliegen, Probleme, Themen und Wünsche der Bürger im Konsens gelöst haben, und zwar unter Berücksichtigung möglichst aller Einwände.
3. Einen Bürgermeister und Gemeinderäte, die das Wohl aller Bürger im Auge haben und nicht nur ihre Eigen- und Parteiinteressen verfolgen.

### Wie finden wir die besten Kandidaten und wie erfahren wir die Anliegen der Bürger?

Indem wir möglichst alle Bürger fragen.

Die echte, direkte Demokratie in der Gemeinde beginnt mit der Befragung der Bürger über ihre Kandidaten- und Themenwünsche

### Folgender Vorgang hat sich bewährt:

#### 1. Kerngruppe

In der Gemeinde bildet sich eine Kerngruppe von 5 bis 12 Bürgern, die eine echte, direkte Demokratie wollen. Es kann sein, dass sie selbst nicht gewählt werden, sondern nur mithelfen, um den Wahlprozess zu organisieren.

Als erstes erstellen sie gemeinsam einen Terminkalender mit allen Vorhaben bis zum Wahltag und verteilen die Aufgaben.

siehe Beilage 3 Terminkalender (Reinsberg)

#### 2. Information und leere Blätter für Kandidaten und Anliegen

Jeder Wahlberechtigte bekommt eine Information über den Sinn und Zweck der Kandidaten- und Themenfindung und zwei Blätter, eines zum Einfügen der Kandidaten seines Vertrauens und ein zweites zum Beschreiben seiner Anliegen.

Das Einsammeln der Antworten in verschlossenen Briefen erfolgt vor Ort mit Wahlurnen oder die Antwortbriefe werden direkt portofrei an die Unternehmensberatung versendet, die mit der Auswertung beauftragt wurde.

siehe Beilage 4: Informationsbrief (Großmugl)

Siehe Beilage 5 Befragungsbogen (Großmugl)

### 3. Auswertung der Nennungen der Kandidaten und Anliegen

#### **Kandidatenauswertung.**

Diese beinhaltet eine alphabetische Auflistung aller genannten Kandidaten. Eine Auswertung nach der Vielzahl der Nennungen wird nicht veröffentlicht, da in diesem Prozessschritt Manipulationen möglich sind..

#### **Auswertung der Anliegen.**

Jeder Antwortgeber muss seine Antworten in der Auswertung wiederfinden.

Daher ist es notwendig, alle Antworten, so wie sie sind aufzulisten.

Um eine optimale Lesbarkeit zu erreichen, sind die Antworten in Abschnitte mit Überschriften zu strukturieren. Auch Unterüberschriften können notwendig sein.

### 4. Zustimmung der Genannten zur Kandidatur bei der Gemeinderatswahl.

Alle Genannten werden nun einzeln von den Mitgliedern der Kerngruppe befragt, ob sie dem Wählerwillen nachkommen wollen und zum Gemeinderat kandidieren werden.

Jene, die kandidieren wollen, unterschreiben die Kandidatenerklärung mit folgendem Inhalt: Persönliche Daten, Zustimmung zur Kandidatur bei der Liste, Unterstützung der Wahlbewegung, Bürgeranliegen ernst nehmen und vertreten, Anerkennung der Bürgerphilosophie (siehe Beilage 1: Bürgerphilosophie) als Kandidat an der Vorwahl teilzunehmen und das Ergebnis entsprechend dem Vorwahlmodell anzuerkennen sowie die Unterschrift des Kandidaten, als seine Zustimmungserklärung. siehe Beilage 6: Kandidatenerklärung (Reinsberg)

### 5. Vorwahl

siehe Beilage 7: Vorwahlmodell (Reinsberg)

Die Vorwahl hat den Sinn, dass die am besten geeigneten Kandidaten, die sich bereit erklärt haben, bei der Gemeinderatswahl zu kandidieren, von den wahlberechtigten Bürgern ausgewählt werden.

Es werden dabei jene ausgewählt, die auf der offiziellen Wahlliste kandidieren können. Bei 19 Gemeinderäten, die gewählt werden können, sind dies 38 Kandidaten (die Anzahl der Gemeinderäte hängt von der Einwohnerzahl der Gemeinde ab). Es wird auch die Reihenfolge auf der offiziellen Kandidatenliste entsprechend dem Vorwahlmodell fixiert.

Wenn wir uns die Zusammensetzung der heutigen Gemeinderatsmitglieder ansehen, dann sind in der Regel zwei Bevölkerungsgruppen unterrepräsentiert:  
--Die Frauen mit 52 % der Wähler sind oft nur mit einer „ALIBIFRAU“ vertreten.  
--Die Jugend unter 24 Jahren, die 20% der Wahlberechtigten ausmachen, sind meistens gar nicht im Gemeinderat vertreten.

#### **Diese Ungerechtigkeit können wir nur durch ein entsprechendes Vorwahlmodell lösen:**

Jeder Wahlberechtigte erhält einen Stimmzettel, auf dem die Kandidaten, die der Kandidatur auf der Liste zugestimmt haben, alphabetisch angeführt sind. Die ausgefüllten Stimmzettel werden in einem verschlossenen Briefumschlag in eine Urne gegeben, oder direkt mit der Post an die auswertende unabhängige Unternehmensberatung gesendet.

Jeder Wähler hat etwa bei 19 wählbaren Gemeinderäten die Möglichkeit,  
--8 Männer  
--8 Frauen und  
--3 Jugendliche anzukreuzen.

Damit wird erreicht, dass in der Regel schon durch die Vorwahl dem vereinbartem Vorwahlmodell entsprochen wird.

Vereinbart wurde, dass in der Reihenfolge auf der offiziellen Kandidatenliste auf einen Mann eine Frau folgt oder umgekehrt und mindestens jeder 5.Kandidat ein(e) Jugendliche(r) unter 24Jahren ist.

Zeitnah nach der Vorwahl, wird das Ergebnis in einer öffentlichen Versammlung den Bürgern von einem Vertreter der auswertenden Unternehmensberatung präsentiert.

#### **6. Die Anliegen, Probleme, Themen und Wünsche**

der Bürger, die bei der Bürgerbefragung bekanntgegeben wurden, werden mit den Bürgern gemeinsam zu einem ZUKUNFTSPROGRAMM für die Gemeinde entwickelt.

#### **7. Das ZUKUNFTSPROGRAMM**

ist die Grundlage für die Arbeit der gewählten Gemeinderäte für die nächsten fünf Jahre und darüber hinaus. Die künftigen „Listengemeinderäte“ verpflichten sich, nach besten Kräften das ZUKUNFTSPROGRAMM der Bürger in der Gemeinde umzusetzen.

## **Eine neue politische Kultur entwickelt sich**

Die Gemeinderatswahl kann durch die Veränderung der Mandatsverhältnisse die Voraussetzungen für die Entwicklung einer neuen politischen Kultur schaffen.

Dadurch kann folgendes erreicht werden:

- Mehr Zusammenarbeit und weniger Streit
- Mehr Ehrlichkeit sowie Offenheit und weniger Verschleierung.
- Mehr Einigkeit und weniger Gegnerschaft
- Mehr Achtung vor dem Anderen und weniger Beschimpfungen
- Mehr Bürgerbeteiligung und weniger Einzelaktionen
- Mehr Freude bei der Mitwirkung in der Gemeinde und weniger Ausgrenzung
- Mehr Konfliktlösungen und weniger Kampf zur Vernichtung der Anderen

**Wie dies erreicht werden kann, das können sie nachlesen in dem Buch  
MITEINANDER BÜRGER GEWINNEN. Zum Runterladen: [www.robert-moser.eu](http://www.robert-moser.eu)**

**Unsere Familie und Gemeinde sind der erste und zugleich der wichtigste Schritt der Erneuerung. Die Einflussfaktoren von außen, können wir aber damit noch nicht verhindern.**

**Wir müssen daher auch außerhalb unserer Gemeinde unseren Einfluss geltend machen.**

Wir Menschen in der Gemeinde leben gleichzeitig auch im Bundesland NÖ, im Staate Österreich, in der EU und werden zusätzlich noch beeinflusst von Ereignissen, die die gesamte Welt betreffen. Jeder Erdenbürger ist also mehr oder weniger beeinflusst von allem, was sich auf unserer Erde tut. Wenn dies so ist, dann können wir noch so viel in unserer Gemeinde an positiven Aktivitäten setzen, dem Einfluss von unserem Umfeld sind wir ausgeliefert, egal ob wir das wollen oder nicht.

Wenn wir für die kommenden Generationen eine nachhaltige Lebensqualität erhalten oder bewirken wollen, dann müssen wir auch in allen übrigen Bereichen unseren Einfluss geltend machen.

Der Veränderungsprozess, ausgelöst von einem Erkenntnisprozess, muss bei mir selbst beginnt und weiter über die Familie bis hin zur Gemeinde gehen. In diesem engsten Umfeld, haben wir in der Regel auch die größten Einflussmöglichkeiten, wie es ganz deutlich auf den vorigen Seiten zu erkennen ist.

Unsere nächste Frage muss nun sein, wie können wir unseren Einfluss über die Gemeinde hinaus wirkungsvoll zur Geltung bringen?

Je mehr Gemeinden den vorhin beschriebenen Prozess durchführen, umso größer wird die gemeinsame Kraft auch im Land Niederösterreich, im Bund und in der EU wachsen, um nachhaltige Veränderungsprozesse zu bewirken.

Der Vorgang ist der gleiche wie in der Gemeinde. Zuerst gründen wir eine Kerngruppe mit anderen Gemeinden, die auch bereit waren, den beschriebenen Erneuerungsprozess in ihren Gemeinden durchzuführen.

**Wir haben den Vorteil, dass bereits die wichtigsten Elemente vorhanden sind:**

- 1 Die Bürgerphilosophie als Orientierungshilfe**
- 2 Das Bildungs- Trainings- und Schulungsprogramm für die Bürger**
- 3 Die notwendige Unterlagen und dokumentierten Entwicklungsarbeiten**
- 4 Ein großer Erfahrungsschatz in der Begleitung von Initiativen und Wahlprozessen**
- 5 Meinungsforschung und Umfragen als Handwerkzeug**
- 6 Managementmethoden für den gesamten Entwicklungsprozess**
- 7 Eine Ombudsstelle für Menschen, die bei ihren Aktivitäten von den etablierten Kräften angegriffen bzw. bedroht werden.**

**Themenbereiche und Reformvorschläge sind in dem nächsten Abschnitt nachlesbar ( LAND, BUND, EU,....)**

## DAS LAND NIEDERÖSTERREICH

### Die Situation in NÖ

Eine Reduktion der Machtkonzentration im Land NÖ ist die Voraussetzung für ein gedeihliches künftiges Miteinander.

Die Arroganz der „Mächtigen“ hat bereits Ausmaße angenommen, die einem Parteidiktat sehr ähnlich wird.

Eine Zusammenarbeit aller Kräfte in unserem Land auf gleicher Augenhöhe bringt Lebensqualität und nachhaltige Lösungen. Die Politikverdrossenheit wird dadurch verringert und die Bürger honorieren dies durch vermehrte Mitwirkung statt Kampf und gegenseitiges Runtermachen, das allen schadet.

Die lückenlose Offenlegung der Finanzgebarungen der Gemeinden und des Landes mit allen im öffentlichem Einfluss stehenden Betrieben und Gesellschaften und Kapitalveranlagungen ist notwendig, um das Vertrauen wieder herzustellen, statt weiterhin die Verschleierung der Finanzen zu betreiben.

Die Parteibuchwirtschaft „von der Wiege bis zur Bahre“ ist sofort abzustellen. Ebenso sind sofort die Aufzeichnungen über missliebige Bürger und Mitarbeiter zu vernichten. Damit wird sich die Angst der Bürger und Mitarbeiter vor Nachteilen, Einschüchterungen und Erpressungsversuchen verringern.

Die Mitarbeiter im Landesdienst streben selbständiges Arbeiten und Eigenverantwortung an. Leider wird dies durch die Politik in vielen Fällen verhindert, ja sogar unterbunden und mit oft unfairen Mitteln bekämpft.

Die Führungskräfte im Landesdienst sollen in Trainings für Verantwortungsträger vorbereitet und laufend weiterentwickelt werden.

Managementmethoden wie Controlling, Qualitätsmanagement, Personalmanagement, Informationsmanagement und Wissensmanagement sind auszubauen bzw. einzuführen.

**Die Verursacher der Krise können die Lösungen nicht finden.**

**Es gibt nur eine Chance: Sie sind im Zuge der nächsten Landtagswahlen abzuwählen.**

**Danach gibt es erst die Möglichkeit entsprechende Maßnahmen zu setzen.**

## Nachhaltig wirkende Maßnahmen in NÖ

1. Offenlegung sämtlicher Finanzgebarungen in den Gemeinden, im Land und in den mit der öffentlichen Hand verbundenen Gesellschaften und Firmengeflechten.
2. Verbot aller Spekulationsgeschäfte durch die öffentliche Hand
3. Sinnvoller risikoarmer Ausstieg aus allen Spekulationsgeschäften
4. Einführung von Buchhaltungs- und Managementsystemen, wie sie sich in der Privatwirtschaft bewährt haben.
5. Sanierung der Landes-, und Staatsfinanzen durch eine umfassende Verwaltungsreform.
6. Verlagerung der frei werdenden Gelder durch den Finanzausgleich überwiegend in die Gemeinden, um die regionale Wirtschaft anzukurbeln und der Abwanderung aus ländlichen Gebieten entgegenzuwirken.
7. Die Gewaltenteilung ist auch im Land NÖ einzuführen. Die obersten Organe der Verwaltung, des Landesrechnungshofes und der Schulverwaltung sind von den Bürgern direkt im Zuge der Landtagswahlen mit zu wählen, um den „Parteiensumpf wirkungsvoll trocken legen zu können“  
Der Landeshauptmann ist direkt zu wählen. Er bildet mit den fähigsten Bürgern die Landesregierung, die der Landtag nach einer Anhörung der vorgesehenen Landesräte bestätigt oder ablehnt.
8. Bildungsoffensive in den Gemeinden für die Verantwortungsträger durchführen, damit diese, die von der EU geförderten Programme für Ihre Gemeinden selbst durchführen können und nicht auf die parteipolitisch motivierte Bürokratie der Stadt- und Dorferneuerung oder ähnlicher Einrichtungen angewiesen sind.
9. Besonderes Augenmerk auf die Jugend legen und sie bei den Reformbewegungen aktiv gestalterisch einbinden, denn für sie kommt die Erneuerung vorwiegend zum Tragen.
10. Die Bürgerphilosophie im Landtag als Grundlage für alle Bereiche beschließen.

**Alle im Landtag vertretenen Parteien sind einzuladen, in dieser ernststen Situation an der Sanierung des Landes mitzuwirken.**

**Die Gespräche sind auf gleicher Augenhöhe zu führen.**

**Langfristig angelegte Konzepte sind gemeinsam mit den Betroffenen (Bürgern, Mitarbeiter der Verwaltung ...) zu entwickeln, umzusetzen und die Umsetzung ist entsprechend den QM-Kriterien zu überprüfen.**

**Auch bei Schwierigkeiten wird nicht aufgeben nach dem Grundsatz:  
Immer im Konsens ein Ergebnis erzielen zu wollen.**

## DER STAAT ÖSTERREICH

### Staatsreform am Beispiel der GEWALTENTEILUNG

Der Einfluss des Bundesstaates Österreich ist viel zu groß auf das Leben der heutigen Menschen und auf die Gemeinden. Das Subsidiaritätsprinzip, ein europaweites und für die Einzelstaaten verbindliches Prinzip wird sowohl vom Staate Österreich, als auch von der EU permanent verletzt. Was sagt uns das „Subsidiaritätsprinzip“, das auch fast alle österreichischen Parteien, auch die etablierten, in ihren Grundsatzprogrammen darstellen? „Alles das, was der Einzelmensch, die Familie oder die Gemeinde aus eigener Kraft erledigen kann, darf den kleineren Einheiten nicht von übergeordneten Strukturen entzogen werden“. Hilfe ist nur zur Selbsthilfe erlaubt.

Unsere Kinder lernen in der Schule, dass die Gewaltenteilung im Staat einer der wichtigsten Grundsätze unserer Verfassung sei. Aber auch das wurde seit dem Bestehen unserer Republik in der Realität nie umgesetzt.

#### Situation:

Warum gibt es so viele Skandale, den fast üblichen Missbrauch von Förderungen und die überbordende Anzahl von Korruptionsfällen?

Warum fühlen viele Bürger eine Verärgerung hin bis zur Wut, wenn sie über Politik reden?. Warum wird die Beteiligung bei Wahlen immer geringer?

**Die nicht vorhandene Gewaltenteilung schafft für Politiker und ihre Seilschaften ein Klima, in dem sie sich offenbar ungestraft alles erlauben können.**

**Die in der Verfassung der Republik Österreich vorgesehene Gewaltenteilung zwischen der Regierung, dem Parlament und der Gerichtsbarkeit wurde nie umgesetzt.**

#### 1. Das Parlament ist zum Erfüllungsgehilfen für die Regierung verkommen.

Die Gesetze werden nicht im Parlament ausgearbeitet und formuliert, sondern in den Ministerien, Parteisekretariaten und Interessensverbänden.

Ja, im Parlament gibt es nicht einmal das notwendige Personal dafür.

Die Gesetze werden in der Regel von der Regierung eingebracht und von den Klubobmännern bei Abstimmungen einfach durch gewunken. Die Frage stellt sich, wozu wir 183 Abgeordnete benötigen? Vielleicht als Showmaster, die den Wählern über die Medien, Demokratie vorgaukeln?

**2. Die Regierung ist zu einem verlängerten Arm der Interessensverbände, Lobbyisten und Parteisekretariate verkommen.**

**Unter die Räder kommt der Bürgerwille.**

Die Regierung ist nicht vom Volk gewählt (legitimiert). Sie wird von den Parteisekretariaten „ausgepackelt“. Daher ist sie auch nur diesen verantwortlich.

Haben Sie schon einmal genau hingesehen, wie ein Regierungsmitglied ausgewechselt wird? Ausgetauscht wird der oder die Ministerin von jener Koalitionspartei, von der sie oder er aufgestellt wurde. Dazu ist kein Parlamentsbeschluss notwendig, sondern nur ein Vorstandsbeschluss der Partei.

Der Regierungsbeschluss oder die Ernennung durch den Bundespräsidenten ist eine reine Formalität.

**3. Die Justiz ist abhängig von der Regierung und von dort aus erfüllt der jeweilige Justizminister die Umsetzung im Justizapparat.**

Wie unabhängig, glauben Sie, ist jemand, der in seinem beruflichen Fortkommen letztendlich vom Justizminister abhängig ist und die Staatsanwälte (öffentlichen Anklagevertreter) an Weisungen des Justizministers gebunden sind ?

Was glauben Sie, wie oft in einem solchen System, im „vorauselndem Gehorsam“ das Recht gebeugt wird, um einen persönlichen Nutzen daraus zu ziehen?

Die Parlamentarier sind also nicht nur durch die Immunität als Abgeordnete vor einer gerichtlichen Verfolgung geschützt, sondern auch sie und ihre Netzwerke sind geschützt, durch die Abhängigkeit der Justiz von der Regierung. Der Bürger bleibt auf der Strecke. Ihn trifft in der Regel die volle Gewalt der Gesetze.

**Wie würden Sie einen Staat bezeichnen, in dem - wie jetzt - nur zwei Männer (Kanzler und Vizekanzler, die noch dazu die Parteibömmänner ihrer Parteien sind) fast alles im Staat entscheiden können? Scheindemokratie oder „Demokratie“ könnten wir sagen, wenn wir keine „deftigeren“ Aussagen verwenden wollen.**

## Nachhaltig wirkende Maßnahmen für ÖSTERREICH

**Die Lösung liegt auf der Hand: Das was unsere Kinder schon in der Schule lernen, die Gewaltentrennung muss umgesetzt werden und zwar jetzt:**

1. Das Parlament wird als Gesetzgeber aufgewertet und als Kontrolle der Regierung wirkungsvoll eingesetzt.
2. Die obersten Organe der Justiz, der Rechnungshöfe und des Bildungs-, und Unterrichtswesens werden direkt vom Volk gewählt und zwar gleichzeitig bei den Parlamentswahlen. Sie haben selbständig und unabhängig von Parlament und Regierung im Auftrage des Volkes zu agieren; haben aber mindestens jährlich oder bei Anfragen dem Parlament in öffentlichen Sitzungen zu berichten. Das Bildungs- und Unterrichtswesen wird auf Bundesebene konzentriert und die Länder geben ihre Kompetenzen dazu ab. Die Richtlinien für die Bildungsziele werden gemeinsam von den Mitgliedstaaten in der EU vereinbart.
3. Der Bundespräsident wird gleichzeitig Bundeskanzler und kann sich seine Regierungsmannschaft aus den besten Köpfen der Republik zusammenstellen.  
Ein Regierungsmitglied darf nicht aus den Reihen der Abgeordneten zum Nationalrat kommen.  
Die Regierungsmitglieder werden durch ein öffentliches Hearing im Parlament bestätigt oder abgelehnt.
4. Der Bundesrat in der jetzigen Form wird abgeschafft. Er wird durch ein Organ bestehend aus den Landeshauptleuten, den Regierungsmitgliedern und den Klubobleuten der Oppositionsparteien des Parlaments ersetzt.
5. Die drei neuen Gewalten, die Finanzgewalt, die Informationsgewalt (Internet und soziale Medien) und die Mediengewalt (Zeitungen, Radio und Fernsehen) sind unter den Einflussbereich der Bürger zu stellen. Die Vertreter der Bürger, die Parlamentsabgeordneten haben darauf in geeigneter Form zu achten, dass der Einfluss der Bürger gewahrt bleibt.
6. Alle jetzt gültigen und in Zukunft zu beschließenden Gesetze und zu errichtenden Organisationen und Strukturen auf Gemeinde-, Landes-, Bundes- oder EU-Ebene haben im Hinblick auf das „Subsidiaritätsprinzip“ überprüft und in einer auch dem „Normalbürger“ verständlichen Sprache verfasst und neu beschlossen zu werden. Diese Aufgaben sind innerhalb von zwei Gesetzgebungsperioden zu erledigen.

## **DAS BUDGET**

### **als Hebel für die Verwaltungs- und Strukturreformen**

#### **Medienecho:**

STREIT, CHAOS und VORSCHLÄGE

19.und 20.Mai 2014: Krone, Kurier, Österreich

#### **Streit und Chaos um das Budget**

*Budget-Wirbel*

*Opposition fühlt sich „verarscht“*

*Geld oder Leben, was zählt mehr?*

*ÖVP-Finanzpolitik: Diskrepanz zwischen Schein und Sein*

*Klug: Heer ist nicht mehr handlungsfähig*

*Die SPÖ will eine Steuersenkung, die ÖVP will genau das verhindern*

*Kürzungen beim Rechnungshof sind widersinnig. Prüfer sparen viel mehr ein, als sie kosten.*

*Will die rot-schwarze Koalition die Kontrolle durch den Rechnungshof abdrehen?*

#### **Ausgabenwünsche**

*Eine Milliarde Euro für den Internetausbau fix*

*Geld für Breitband wäre frei, Spindelegger gibt's nicht frei*

*Pflegegeld anheben*

#### **Gegen neue Steuern oder Erhöhungen**

*Banken gegen neue Steuern*

*Entlastung des Mittelstandes*

#### **Brüssel rüffelt Österreich,**

*Drohung mit Sanktionen*

*Brüssel besteht auf Sparkurs*

*Regierung legt der Opposition Elfer auf, mit Brief an Brüssel*

*Spindelegger bessert nach, Opposition tobt*

*Haben in guten Zeiten kaum gespart*

#### **Gründe für die Steuerreform**

*Die Steuerreform ist notwendig für den Bestand der Regierung*

*An der Steuerreform werden gleich zwei Arbeitsgruppen werken*

*Gewerkschafter wolle Regierung Steuersenkung abrotzen*

*Von Lohnerhöhungen bleibt kaum etwas übrig*

*Arbeitsplätze sind gefährdet*

*Hohe Steuern stellen Gefahr für den Job-Markt dar*

*Pensionserhöhungen frisst der Fiskus auf*

*Gerechtere Verteilung der Steuerlast*

*Jetzt unpopuläre Reformen beginnen*

**Vorschläge zur Budgetkonsolidierung**

*Einzelne Länder dürfen sich nicht jahrzehntelang über Bundesvorgaben hinwegsetzen können;*

*zum Beispiel, dass Beamte später in Pension gehen*

*Der Bundesrat wird durch die Landeshauptleutekonferenz ersetzt*

*Steuerliche Erleichterungen für gemeinnützige Stiftungen, damit das Mäzenatentum gefördert wird.*

*Die Einkommensteuer wird gesenkt*

*Die kalte Progression wird aktiv bekämpft*

*Alles wird auf den Prüfstand gestellt: Sozialversicherungsabgaben*

*Kammerumlagen*

*Wohnbauförderungsbeiträge*

*Chance für Bürger aus eigener Kraft Wohlstand zu schaffen.*

*Einführung einer Erbschaftssteuer; Ausnahme der engste Familienkreis*

*Bestehende Unternehmen halten und Neugründungen forcieren*

*Neue Gründer anlocken*

*Die mannigfachen Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer reduzieren*

*Das Sozialsystem nach unnötigen Ausgaben durchforsten*

*Höhere Leistungsanreize schaffen*

*Alle Zwerg-Königreiche hinterfragen*

*Doppelgleisigkeiten bei Förderungen abstellen*

*Viele halbstaatliche Mehrfach-Einrichtungen reduzieren und von roten und schwarzen Günstlingen befreien.*

**Große Bildungsreform**

*An den Unis Studienbeiträge einführen*

*Echte Studienplatzfinanzierung, bei der die Studenten nicht als lästige Bittsteller bertachtet werden.*

*Wissenschaftskarrieren planbar gestalten*

*Polytechnische Schule abschaffen; dafür eine Berufsgrundausbildung schaffen*

*Das Handwerk aufwerten schon in der Schule*

*Pensionsantrittsalter auf 67 Jahre erhöhen. Anreize für längeres Arbeiten*

*Vernünftige Altersteilzeitmodelle schaffen*

**Müssen wir erst in eine tiefe Krise taumeln, damit die Notwendigkeit zum Handeln erkannt wird?**

All dies und noch mehr stand in den Zeitungen  
Krone, Kurier und Österreich am 19. und 20. Mai 2014

## DIE BUBGETREFORM als nachhaltige wirkende GESELLSCHAFTEREFORM

**Nachhaltiges Handeln bedeutet kurz-, mittel-, und langfristige Planungen mit dem entsprechend wirksamen Controlling-Instrumenten zur Orientierung.**

Das kurzfristige Budget ist der ein- bis zweijährige Handlungsrahmen.

Das mittelfristige Budget beinhaltet die gesellschaftspolitischen Ziele und sollte über zwei Gesetzgebungsperioden definiert und geplant sein.

Das langfristige Budget sind die in Zahlen gegossenen Visionen der Bürger unseres Staates, abgeglichen mit den Vorstellungen der EU Bürger. Es soll vier bis sechs Gesetzgebungsperioden umfassen.

Das mittel- und langfristige Budget soll rollierend erstellt werden; das heißt, wenn die erste Periode zu Ende ist, wird die dritte oder die siebente Gesetzgebungsperiode weitergeplant.

Dieser Zeithorizont ist deshalb so lang gewählt, weil evolutionär gestaltete gesellschaftliche Prozesse, die die Werte, Grundsätze und Einstellung der Menschen betreffen, so lange dauern bis sie greifen.

Die Einzelschritte können immer nur im Einklang mit dem Bewusstsein der betroffenen Menschen umgesetzt werden.

Ein schnelleres Vorgehen, würde den gesamten Veränderungsprozess gefährden.

### Situation:

- Erhöhung der Unzufriedenheitsfaktoren** beim Menschen, die sich in folgenden Faktoren ausdrücken: **Selbstmordrate:** Es gibt in Österreich doppelt so viele Selbstmorde wie Verkehrstote und sogar bei Kindern und Jugendlichen.  
**Krankheiten:** Psychosomatische Störungen, Hautkrankheiten, Herzinfarkte, Magengeschwüre, usw.  
**Jede Form von Sucht:** (Spiel, Alkohol, Drogen, usw.)  
**Beziehungsprobleme:** Ehescheidungen, Mobbing, Burnout, Streit, Konfliktbewältigung usw.
- Eltern** die sich zwischen Kindern und Beruf nicht wirklich entscheiden können.
- Abwanderung** aus ländlichen Gebieten (z.B.: Waldviertel).

4. **Überbordendes Verkehrsaufkommen** durch Pendler und ineffizienten Warenverkehr.
- 5 **Konzentration der Einkaufsstellen** auf Einkaufszentren in den Ballungsräumen und damit Gefährdung der Nahversorgung.
6. **Abschieben der Kinder und alten Menschen** in staatliche Aufbewahrungsanstalten.
7. **Schulen und Bildungseinrichtungen**, die zu wenig an Kindern und Eltern orientiert sind.  
Zuviel Einfluss der Politik und der Schulbürokratie sowie auf die Arbeit und das Fortkommen der Lehrer.
8. **Landwirte**, die oft nur durch Förderungen leben können und nicht von den Einkünften aus dem Erlös ihrer Produkte aus eigener Kraft.
9. **Gewerbetreibende**, die immer mehr verdrängt werden durch die „Einwegprodukte“ aus den Supermärkten. Wir verkommen zu einer Wegwerfgesellschaft.
10. **Dörfer und mittelgroße Gemeinden**, die sich - nicht aus eigener Schuld - , immer mehr verschulden und so in die Abhängigkeit der „Landeskaiser“ kommen.
11. **Wenig bis keine Vorsorge in Katastrophenfällen**. Was passiert, wenn 10 Tage lang der Strom ausfällt?
12. **Wenig bis keine Daseinsvorsorge** damit die Bürger alle zum Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen auch bekommen, zu bezahlbaren Preisen.

**Viele der Inhalte und Lösungen sind in Gesprächen und Arbeitskreisen mit Bürgern entstanden.**

## **RICHTLINIEN für ein nachhaltig wirkendes Budget:**

### **Strukturreform mit klaren Aufgaben für Gemeinden, Länder, Staaten und EU.**

Alles das, was die kleineren Einheiten aus eigener Kraft bewältigen können, darf Ihnen an nicht von übergeordneten Strukturen entzogen oder vorgeschrieben werden.

#### **Gemeinden:**

Keine Gemeindezusammenlegungen, sondern die Bezirkshauptmannschaften (BH) zu Leistungszentren für die Gemeinden ausbauen.

In den Gemeinden werden die Bürgermeister als durchführendes und der Gemeinderat als beschließendes Organ direkt gewählt.

In den Gemeindeämtern, die als Bürgerhäuser umgestaltet werden, finden zu festgelegten Zeiten Amtsstunden der Fachleute aus der BH statt. Bürgerbüros als Ansprechpartner (front-office) verbleiben entsprechend der Gemeindegröße in den „Bürgerhäusern“.

Jede Gemeinde hat ein eigenes Budget und einen eigenen

Rechnungsabschluss. Die Finanzhoheit verbleibt in den Gemeinen.

Die BHs erhalten die Dienstleistungen aus den Gemeindebudgets ersetzt. Die Art, Menge und Kosten der Dienstleistungen müssen in einer Bürgermeisterkonferenz der betroffenen Gemeinden, bestätigt werden.

#### **Die Bundesländer und der Bund**

überlegen gemeinsam ihre neuen Aufgaben entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip

#### **Verpflichtende Einführung standardisierter**

#### **Managementinstrumente für alle Dienstleister bis zur EU:**

Doppelte Buchhaltung, Controlling, Qualitätsmanagement, Informationsmanagement, Personalmanagement und Wissensmanagement.

#### **Der Europäische Union**

werden folgende Aufgaben entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip übertragen:

Außenpolitik,

Verteidigungspolitik,

Sicherheitspolitik incl. elektronischer Medien,

Währungspolitik, Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik

standardisierte Rechtssicherheit und Bildungsziele

abgestimmte Sozialleistungen, Steuergesetze und

Gesundheitssysteme

## **Verwaltungsreform in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und der im Einfluss der öffentlichen Bereiche stehenden Betriebe und Organisationen.**

Diese Veränderungsprozesse haben nach dem Grundsatz eines „ordentlichen Kaufmannes“, der Sparsamkeit und der Sorgfaltspflicht im Umgang mit Geldern der öffentlichen Hand zu geschehen.

Offenlegungs- und Auskunftspflicht in allen Geldangelegenheiten der öffentlichen Hand für jeden Bürger.

Verpflichtung zur Überprüfung der Bilanzen, Haushaltsabschlüsse und sämtlicher Buchhaltungsunterlagen durch Atteste, belegt von Steuerberatern, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Verantwortlich für die ordnungsgemäße Überprüfung ist der Rechnungshof.

Bei Fehlleistungen der Verantwortlichen ist entsprechend vorzugehen, wie dies auch für einen Verantwortlichen in der Privatwirtschaft geschieht.

## **Abschaffung der „geschützten Bereiche“**

Beamtenstatus generell auslaufen lassen.

Generell auch im öffentlichen Bereich nur nach dem ASVG anstellen, bezahlen und sozialversichern. Um öffentlich Bedienstete aber nicht der politischen Willkür auszusetzen, sind Leistungsziele und Leistungskriterien einzuführen. Durchschnittsentlohnung wie in der Privatwirtschaft.

Kündigungsschutz im öffentlichen Bereich den Regelungen in der Privatwirtschaft angleichen.

## **Finanzausgleich für die Gemeinden**

Der Finanzausgleich in Österreich sieht wie folgt aus:

Die großen Gemeinden bekommen, berechnet nach Einwohnern, viel mehr als die kleineren Gemeinden. Am meisten bekommen daher die Ballungszentren, die Städte. Dies widerspricht dem in der Verfassung verankerten Gleichheitsprinzip.

Dies war zwar nach dem zweiten Weltkrieg berechtigt, da die Schäden in den Ballungszentren wesentlich höher waren als in den ländlichen Bereichen.

Dies wurde bis heute nicht korrigiert, obwohl in der Zwischenzeit die Kosten pro Einwohner in den kleineren Gemeinden durch die größeren Kosten für die Erhaltung und den Ausbau der Infrastruktur wesentlich höher sind.

**Wir fordern daher das gleiche Geld für die Gemeinden pro Bürger, egal in welcher Gemeinde die Bürger wohnen.**

**Kein Zurückhalten von Geldern, die den Gemeinden zustehen von den „Landeskaisern“, die diese dann großzügig an die „genehmen Gemeinden“ verteilen.**

## Finanzausgleich zwischen Gemeinden Länder und Bund

Fast das gesamte Steueraufkommen wird nach folgendem Schlüssel verteilt:  
(Die Prozentzahlen sind gerundete Zahlen)  
50% erhält der Bund  
30% erhalten die Länder  
20% erhalten die Gemeinden

**Wir wollen dies im Sinne der Bürger verändern. Die Strukturreform hat zum Ziel nicht nur die Aufgaben entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip zu verteilen, sondern auch die Gelder aus dem Finanzausgleich.**

**20% erhält der Bund  
30 % erhalten die Bundesländer  
50% erhalten die Gemeinden**

**Die EU erhält sich durch ein eigenes Steueraufkommen (z.B.: Finanztransaktionssteuer) bzw. durch die Bezahlung von konkreten Dienstleistungen für die Mitgliedsstaaten die in der Strukturreform definiert sind**

Dadurch werden der Bund und auch die Länder gezwungen endlich die seit 50 Jahren versprochene Verwaltungsreform durchzuführen.

Die Einsparungen sind in den vorher beschriebenen Punkten abgebildet.

Die Gemeinden, leben die Bürgernähe und erhalten in Zukunft im Sinne der Bürger wesentlich mehr Geld.

Dadurch sind sie in der Lage, wichtige Investitionen und Reparaturen durchzuführen.

Dieses Geld kommt hauptsächlich den Gewebetreibenden zu Gute.

Es gibt dadurch wieder mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Die Abwanderung der Bevölkerung in die Ballungszentren kann dadurch gestoppt werden

Das Verkehrsaufkommen wird geringer durch weniger Pendler und weniger Warenverkehr.

Es entsteht wieder ein Bedarf an mehr Nahversorgern im ländlichen Raum.

Die Stadt- und Ortskerne erleben eine natürliche Wiederbelebung.

Die vorhandene Infrastruktur kann nicht nur erhalten, sondern auch erweitert werden.

## Keine neuen Schulden

in den öffentlichen Bereichen. Zurückführung der vorhandenen Schulden innerhalb von 10 Jahren.

## **Elterngeld**

Die Eltern sollen tatsächlich wählen können zwischen Kindern oder Beruf. Entweder der Vater oder die Mutter erhält bis zum 10. Lebensjahr des oder der Kinder ein Elterngeld (nach jetziger Kaufkraft) von netto € 1.500,00 inklusive Sozialversicherung und Pensionsanspruch. Damit können sich unsere jungen Mitbürger die Kinder überhaupt erst finanziell leisten. Dadurch wird die Geburtenrate erhöht und die Pensionen werden langfristig gesichert.

Die Einrichtungen wie „Krabbelstuben“, Kindergärten, Nachmittagsunterricht und Nachhilfe in Volksschulen werden mittelfristig weniger in Anspruch genommen und daher dem Staat weniger kosten.

Die Leistungen der Eltern für die Gesellschaft werden dadurch nicht nur abgegolten, sondern auch sichtbar anerkannt und aufgewertet.

Auch die Altenbetreuung kann dadurch eher in der Familie erfolgen.

Für den Finanzhaushalt des gesamten Staates ist diese Maßnahme aufkommensneutral.

## **Unsere Landwirte dürfen nicht länger „Almosenempfänger“ der EU bleiben.**

Die Leistungen unserer Landwirte sind mit gerechten Preisen für ihre Produkte und ihren Leistungen für die Gesellschaft abzugelten.

Neben der Produktion von gesunden Nahrungsmitteln, sind sie auch mitverantwortlich für reines Quellwasser sowie gute Luft und sie sind als „Landschaftsgärtner“ tätig.

Auch die Vorsorge mit Lebensmitteln bei Katastrophenfällen, den Erhalt des Knowhows in der Produktion von Lebensmitteln und der Artenvielfalt ist ein wichtiger Beitrag zu unserer Lebensqualität. Es ist auch darauf zu achten, dass sie in Extremfällen unsere eigene Bevölkerung ernähren können. Dies war immer eine Zielsetzung am Beginn der zweiten Republik. Heute sind wir bereits abhängig von Großhandelsketten für die Versorgung und von multinationalen Konzernen für die Lebensmittelproduktion.

Dadurch ist die Zukunft unserer Bürger unsicher geworden; und Unsicherheit macht Angst.

## **Das Schul- und Bildungssystem ist zu teuer und bringt im Vergleich zu anderen Staaten schlechtere Lernerfolge.**

Warum wird unser Bildungssystem vom parteipolitischen Filz durchdrungen und warum werden Direktorenbesetzungen von Parteisekretariaten diktiert? Die einzelnen Schulen sind wie die operativen Unternehmen eines Konzerns zu führen.

Richtlinienkompetenz hat der Bund. Die Länder treten ihre Kompetenzen an den Bund ab.

Die Bildungsziele sind oder werden klar definiert und sind dadurch überprüfbar.

Die Direktorenfunktion ist eine Managementaufgabe und der Schuldirektor hat eine ähnliche Aufgabe wie der Geschäftsführer eines Unternehmens.

Die Direktorenbestellung erfolgt in den einzelnen Schulen durch Eltern, Lehrer und Schulerhalter.

Der Bund hat das Controlling vorwiegend in den Finanzen und der Qualität der Ergebnisse zu organisieren.

Die Hochschulen und Universitäten sind nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu organisieren.

Die obersten Organe der Schul- und Bildungsorganisation werden von den Bürgern gleichzeitig bei der Nationalratswahl gewählt.

Die gesamte bisherige Schul- und Bildungsverwaltung wird ersatzlos abgeschafft.

Durch diese Maßnahme werden die Lernerfolge unserer Kinder steigen und die Kosten gesenkt. Die unendlichen Diskussionen über Ganztags- und Gesamtschule oder „Neue Mittelschule“ gehören damit der Vergangenheit an.

### **Das Außenministerium ist ersatzlos zu streichen.**

Wozu benötigen wir noch Botschaften außerhalb oder innerhalb der EU?

Diese Agenden sind der EU zu übertragen. Damit ist eine kraftvolle Unterstützung für uns EU-Bürger auf der ganzen Welt besser gegeben.

### **Das Milizheer in der jetzigen Form ist ebenfalls gravierend zu verändern.**

Je nach Neigung der jungen Menschen sind sie in einer EU-weiten Eingreiftruppe, die nur zu UNO-Einsätzen befugt ist oder für den Katastrophendienst oder für die Sozialarbeit auszubilden und einzusetzen.

Die bisherigen bürokratischen Strukturen sind aufzulösen und entsprechend den neuen Aufgaben zu adaptieren.

Bei entsprechender Handhabung gibt es hier erhebliche Einsparungsmöglichkeiten.

### **Vorsorge**

Alle zum Leben der Menschen notwendigen Güter und Dienstleistungen sind unter öffentlichen Einfluss zu stellen. Auch muss Vorsorge für Katastrophen getroffen werden. (Wasser, Kanal, Energie, Verkehrswege, Grundnahrungsmittel)

Dafür sind auch entsprechende Finanzmittel sicherzustellen.

**All diese angeführten Maßnahmen dienen unseren Bürgern. Wir erreichen damit für viele Menschen weniger Stress und ein Mehr an Lebensqualität und Geborgenheit in den kleinsten Zellen unserer Gesellschaft in den Familien, Dörfern und Gemeinden.**

## DIE EUROPÄISCHE UNION

**Die „Europäische Union“ ist das  
größte Friedensprojekt, das die Welt je gesehen hat.**

Der Einigungsprozess war die Folge von zwei Weltkriegen. Nie mehr Krieg war die Parole. Seit der Gründung der Montanunion, der ersten Zelle der friedlichen Vereinigung Europas, haben sich bis heute 28 Staaten freiwillig (durch, am Konsens orientierte Prozesse), zusammengeschlossen. Die EU ist ein Anziehungspunkt für viele weitere Staaten. Viele Menschen riskieren ihr Leben, um in die EU zu kommen und wünschen sich hier leben zu können.

Die EU ist auch zum Vorbild für einen friedlichen Einigungsprozess für andere Kontinente geworden. Wir, in Europa lebende Menschen, würdigen diese großartige Entwicklung kaum. Ja wir müssen aufpassen, dass uns das Erreichte nicht wieder verlorengeht.

Europa befindet sich erst im Aufbau. Wir alle können mitwirken, unser gemeinsames Haus zu gestalten und so zu bauen, wie wir es wollen. Wir müssen diese einmalige Gelegenheit nur nützen.

### **Die Situation.**

#### **EUROPA befindet sich in einer Systemkrise**

Die vorhandenen Probleme sind nicht einzeln zu lösen, sondern nur durch einen Prozess, der die gesamten gesellschaftlichen Bereiche aller Länder und Staaten umfasst.

#### **Der Auslöser für die Systemkrise ist die Sinnkrise**

Das Materielle, das Geld, steht im Vordergrund.  
Das Gegeneinander prägt immer mehr den Alltag.  
Der Werteverlust bringt Orientierungslosigkeit

#### **WAS WIR BENÖTIGEN IST:**

**MUT ZUR VERÄNDERUNG;** dies bringt neue Lebenskraft und Hoffnung.

**DIE VERWIRKLICHUNG DER EINZELNEN;** dies bringt Lebensqualität.

**LEISTUNGSWILLE UND VERANTWORTUNG;** diese bringen Effizienz.

**MENSCHENWÜRDIGE UMGANGSFORMEN** diese bringen Geborgenheit.

**GEHEN WIR MITEINANDER DIESEN WEG in EUROPA!**

## DIE GRUNDLAGEN DAFÜR SIND VORHANDEN:

Die Menschenrechte  
Die Werte der EU und  
Das Leitbild der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung

### **Diese Grundlagen sind zu ergänzen um die BÜRGERPHILOSOPHIE.**

Die Philosophie der Bürger für EUROPA dient als Orientierung für das tägliche Handeln.

Die gleichzeitige und gleichwertige Behandlung von funktionalen, sozialen und ideellen Bereichen bringt Lebensqualität und Effizienz.

## DIE PHILOSOPHIE FÜR EUROPA

**Visionen**                      Der selbständige Mensch in der Gemeinschaft

**Werte**                              Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Freiheit und Ordnung

### **Grundsätze und feingliedrige Strukturen**

Leistung des einzelnen Menschen

Partnerschaft zwischen Partnern

Zusammenarbeit in Gruppen

Subsidiarität in der Gemeinschaft

**Visionen, Werte, Grundsätze und Strukturen sind Elemente, die sich gegenseitig bedingen.**

## DIE VISION DER POLITISCHE KULTUR IN EUROPA

### **1. Der Umgang miteinander**

Gemeinsames Handeln, anstatt Partei-Hickhack

Gleiche Augenhöhe statt Vorurteile

Ehrlichkeit und Offenheit statt Lüge und Intrigen

### **2. Kompetente Politiker**

Wertorientierung statt Beliebigkeit

Menschlichkeit statt Überheblichkeit

Gesprächsfähigkeit statt Ignoranz

### **3. Nachhaltigkeit**

Langfristiges Denken statt kurzfristiges Gewinnstreben

Lebensgrundlagen erhalten statt Raubbau an der Natur

Lebensqualität statt Zukunftsangst

## DIE AUFGABEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Es ist eine klare Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen den Einzelstaaten und der EU ist zu vereinbaren.

**Die Aufgaben der EU sind sinnvollerweise nach dem SUBSIDIARITÄTSPRINZIP zu ordnen und könnten folgende Bereiche sein:**

Aufgaben die von den Staaten alleine nicht bewältigt werden können, wie  
Außenpolitik,  
Verteidigungspolitik,  
Sicherheitspolitik incl. elektronischer Medien,  
Wirtschaftspolitik, Währungspolitik, Finanzpolitik,  
standardisierte Rechtssicherheit  
standardisierte Bildungsziele  
abgestimmte Sozialleistungen, Steuergesetze und Gesundheitssysteme

## DEMOKRATIE IN EUROPA

### 1. Gewaltentrennung

Gewaltentrennung statt Machtkonzentration.

Gesetzgebende, vollziehende, und rechtssprechende Gewalt sowie die Informationsgewalt, Mediengewalt und Finanzgewalt sollen unter dem Einfluss der Bürger stehen und von diesen die Verantwortungsträger auch direkt bestellt oder gewählt werden. Ehrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein statt Korruption und Machtmissbrauch sind eine Verpflichtung unserer europäischen Verantwortungsträger.

Gewissensentscheidung statt Klubzwang oder die Verfolgung der Interessen von Lobbyisten.

### 2. Direkte Demokratie als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie

- Mehr verbindliche Volksabstimmungen statt Entscheidungsdiktate.
- Obligatorische Volksabstimmungen bei Änderungen, Streichungen oder Erweiterungen von verfassungsähnlichen Vereinbarungen wie den Vertrag von Lissabon.
- Volksinitiativen müssen Volksabstimmungen durchsetzen können.
- Jedes Gesetz muss vom Volk auf eine realistische Weise beeinsprucht werden können
- Ausführliche Informationen der Bürger über Für und Wider von Veränderungen oder Neuerungen.

### 3. Bürgerbeteiligung

- Politisches Ohnmachtsgefühl führt zu Politikverdrossenheit.
- Bürgerbeteiligungsprozesse statt einsame Entscheidungen.
- Einbindung der Bürger in Planungs- und Durchführungsprozesse statt vorgedachte Lösungen zu realisieren. Dadurch wird Selbstinitiative, Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Kompetenz in Sachfragen gefördert.

### 4. Rechtsstaatlichkeit

- Vermeidung von Willkürentscheidungen, Intransparenz und Verschleppung von Gerichtsprozessen
- Keine Verschanzung hinter dem Amtsgeheimnis
- Gleichbehandlung von Politikern und Bürgern
- Verwaltung muss Gesetze einhalten, statt sie zu umgehen
- Klubzwang oder Verfolgung von Einzelinteressen auf Kosten der Gemeinschaft sind zu ahnden

#### **Die EU hat bereits einen großen Einfluss auf unser Rechtssystem.**

- In allen Ländern der EU ist die Qualität des Rechtssystems an Parametern wie Verfahrensdauer, Rechtssicherheit bei Eigentumsübertragung, Konsumentenschutz und Minderheitenrechte oder Kontrolle über die Finanz- und Geldgeschäfte, zu bemessen.
- Ein solcher Parameterkatalog ist ein Arbeitsauftrag an die Europäische Kommission um daraus eine Dokumentation für standardisierte Rechtsstaatlichkeit aller Mitgliedsstaaten zu erlangen.
- Erst dadurch wird eine wirksame Rechtsgrundlage für ein gemeinsames Währungssystem geschaffen. z.B.: einheitliches Grundbuch, national verwaltet nach EU-weit einheitlichen Standards!
- Dies stärkt die Eigentumsrechte und festigt die Werthaltigkeit verpfändeter Objekte, was wiederum Kreditgeschäfte für die Realwirtschaft erleichtert.
- Erst durch diese Maßnahmen können österreichische Firmen mit einem geringeren Risiko in den „Neuen“ und künftigen EU-Staaten ihre Geschäfte abwickeln.

### 5. Wahlrecht

- Gleiche Voraussetzungen für etablierte Parteien statt Benachteiligung neuer Gruppierungen.
- Kandidatur von neuen Parteien fördern statt bewusst verhindern.
- Faire Berichterstattung über alle Parteien statt massive Bevorzugung der Etablierten, durch aus öffentlichen Mitteln bezahlte Inserate und Fördergelde für die Medien.

## 6. Kandidatenfindung

- Integere Persönlichkeiten statt Personen mit Geld- und Machtgier.
- Bürger schon bei der Kandidatenauswahl einbinden statt vordefinierte Parteilisten zur Wahl stellen.
- Echte Persönlichkeitswahl mit Vorzugsstimmen, die zählen, statt Vortäuschung von Reihungsmöglichkeiten, die fast nicht möglich sind.
- Verpflichtende Assessment-Center (Auswahlverfahren) für Kandidaten nach standardisierten Kriterien.

## 7. Lobbyismus

Der Lobbyismus ist in der EU und damit in der Folge in Österreich bereits überbordend.

Zwanzig Lobbyisten kommen bereits auf einen EU-Abgeordneten.

Dies öffnet der Korruption und der Bevorzugung von oft egoistischen Einzelinteressen Tür und Tor.

Die Treffen zwischen Abgeordneten und Lobbyisten dürfen nicht außerhalb von Amtsgebäuden stattfinden.

Es ist für „Bürger-Initiativen“ und „NON-PROFIT-Organisationen“ nachweisbar die gleiche Zeit von den Abgeordneten zu widmen wie für Lobbyisten der verschiedenen Interessensgruppen.

## VERWALTUNG IN DER EU

1. Das Prinzip der „Subsidiarität“ ist auf allen Ebenen der EU, der Staaten und der Verwaltung umzusetzen.
2. Selbständige und selbstverantwortliche Mitarbeiter in der Verwaltung zulassen statt Mitarbeiter zu Interventionsgehilfen zu degradieren.
3. Für die Bürger verständliche, überschaubare und widerspruchsfreie Gesetze formulieren anstatt die „Juristensprache“ zu verwenden.
4. Verwaltungsreform in der EU nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit umsetzen, statt weiterhin das Steuergeld aller EU-Bürger zu verschwenden
5. Kontrollen auf allen Ebenen der EU, in den Ländern, in den Gemeinden und in allen im öffentlichen Einfluss stehenden Firmen und Einrichtungen wirksam installieren und Fehlverhalten strafrechtlich ohne Ansehen der Personen ahnden.

## WIRTSCHAFT, FINANZEN, STEUERN, ARBEITSPLÄTZE

1. Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt.
2. Der Realwirtschaft ist gegenüber der Geldwirtschaft eindeutig der Vorrang zu geben. Die Willkür und Macht der Banken und der Geldwirtschaft ist einzuschränken.
3. Die regionale Wirtschaft mit den überwiegend Klein- und Mittelbetrieben ist zu stärken, statt der Abwanderung in Ballungszentren Vorschub zu leisten.
4. Reduktion der Macht von Konzernen.
5. Gemeinökologie als Ergänzung zur Geldwirtschaft zulassen und forcieren. Belohnung von ökologisch nachhaltigem Wirtschaften. (mit Standards)
6. Die Rahmenbedingungen für die KMU (Klein- und Mittel-Unternehmen) und die EPU (Ein-Personen-Unternehmen) sind massiv zu verbessern.
7. Anpassungsprozesse zur Weiterentwicklung sowie bei Steuern, Sozialstandards und Umweltaspekten: Keine Nivellierung nach unten zulassen und das Verhindern der „kalten Progression“.

## POLITIK IN DER EU

1. Das Subsidiaritätsprinzip als Ordnungsrichtlinie ist auch für den Aufbau der EU und seiner Verwaltungen in allen Bereichen sicherzustellen und hat die zentralistischen Tendenzen abzulösen.
2. Die konsequente Gewaltenteilung ist auch in der EU zu verwirklichen. Die Gesetzgebung, das Parlament, die Regierung (Kommission) als durchführende Gewalt und die obersten Organe der Gerichtsbarkeit sind direkt durch die Bürger zu wählen.  
Damit wird der Korruption und dem immer mehr um sich greifendem Machtmissbrauch entgegengewirkt.
3. Die Überregulierung ist abzubauen und die Macht der multinationalen Konzerne ist einzuschränken.
4. Die Friedenspolitik ist ernsthaft zu betreiben.
5. Die Abgeordneten zum europäischen Parlament müssen den Willen der EU-Bürger umsetzen.
6. Abkommen zwischen der EU und anderen Weltwirtschaftsmächten müssen den Bürgern dienen und nicht anderen Mächten Vorteile bringen. (z.B.: multinationalen Konzernen, USA... ). Vor der Unterzeichnung solcher Abkommen ist eine Veröffentlichung und eine Einspruchsfrist für die EU-Bürger zu wahren.
7. Bei Nichterfüllung dieser grundsätzlichen demokratischen Forderungen muss es auch einen geregelten Ausstieg durch Volksentscheide für jedes Mitglied der EU geben.
8. Bei jedem internationalem Vertrag von der EU ist auch ein Ausstiegsszenario aufzunehmen und mit zu beschließen.

## BÜRGERPOLITIK IN EUROPA

1. Eine Reduktion der Machtkonzentrationen in Europa ist die Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander.
2. Die Arroganz der „Mächtigen“ und „Bürokraten“ hat bereits Ausmaße angenommen, die einer Diktatur sehr ähnlich wird.
3. Eine Zusammenarbeit aller Kräfte in EUROPA auf gleicher Augenhöhe bringt Lebensqualität und nachhaltige Lösungen. Die Politikverdrossenheit wird dadurch verringert und die Bürger honorieren dies durch vermehrte Mitwirkung statt Kampf und gegenseitiges Runtermachen, das allen nur schadet.

4. Die lückenlose Offenlegung der Finanzen in der europäischen Union mit allen im Einfluss der öffentlichen Hand stehenden Organisationen, Veranlagungen, Geschäftsfeldern und Förderungsgagenden ist notwendig, um das Vertrauen der Bürger in die Institutionen wieder herzustellen, anstatt weiterhin die „Wut“ der Bürger wegen der Verschleierung der Finanzen zu ignorieren.
5. Die „Lobbying-Wirtschaft“ in der heutigen Form ist sofort im Sinne der Bürger abzustellen.
6. Ebenso ist sofort zu veranlassen, dass Aufzeichnungen über europäische Bürger, auch und vor allem von „befreundeten Mächten“, sofort unterbleiben und alle bisherigen Aufzeichnungen gelöscht werden.
7. Auch sind, sollte dies der Fall sein, Aufzeichnungen von EU-Staaten oder der EU selbst über EU-Bürger zu unterlassen und es sind gerichtliche Schritte gegen die Veranlasser einzuleiten. Vorhandenes Material ist umgehend zu vernichten.
8. Generelles Verbot der Gemeinden, der Länder, der Einzelstaaten und der EU mit Steuergeld der Bürger zu spekulieren.
9. Mehr soziale Kompetenz, persönliche Integrität und Orientierung an Werten, sowie mehr Organisationsknowhow bei Politikern und Funktionsträgern in der EU. Verpflichtende Trainings zur Hebung dieser Kompetenzen von den Gemeinden bis zur EU.
10. Persönliche Haftung für Politiker und Funktionsträger der Bürokratie.
11. Konkrete Kontrollen von den Gemeinden bis zur EU und der im öffentliche Einfluss stehenden Institutionen, Unternehmen und Einrichtungen.  
Fehlverhalten sind ohne Rücksicht auf das Ansehen der Personen zu ahnden.

**Wenn Du ein Schiff bauen willst,  
so lass nicht nur Holz und Werkzeug sammeln,  
sondern wecke die Sehnsucht nach dem  
weiten, weiten Meer**